

Gericke, Thomas

Von der Schule ins Aus. Die Krise des Ausbildungssystems und die Aufgaben der Jugendsozialarbeit

Fatke, Reinhard [Hrsg.]; Hornstein, Walter [Hrsg.]; Lüders, Christian [Hrsg.]; Winkler, Michael [Hrsg.]: *Erziehung und sozialer Wandel. Brennpunkte sozialpädagogischer Forschung, Theoriebildung und Praxis.* Weinheim u.a. : Beltz 1999, S. 69-82. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 39)



Quellenangabe/ Reference:

Gericke, Thomas: Von der Schule ins Aus. Die Krise des Ausbildungssystems und die Aufgaben der Jugendsozialarbeit - In: Fatke, Reinhard [Hrsg.]; Hornstein, Walter [Hrsg.]; Lüders, Christian [Hrsg.]; Winkler, Michael [Hrsg.]: *Erziehung und sozialer Wandel. Brennpunkte sozialpädagogischer Forschung, Theoriebildung und Praxis.* Weinheim u.a. : Beltz 1999, S. 69-82 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-93803 - DOI: 10.25656/01:9380

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-93803>

<https://doi.org/10.25656/01:9380>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

39. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

39. Beiheft

Erziehung und sozialer Wandel

Brennpunkte sozialpädagogischer Forschung,
Theoriebildung und Praxis

Herausgegeben von Reinhard Fatke, Walter Hornstein,
Christian Lüders und Michael Winkler

Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 80336 München, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1999 Beltz Verlag · Weinheim und Basel
Herstellung: Klaus Kaltenberg
Satz: Satz- und Reprotechnik GmbH, Hemsbach
Druck: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza
Printed in Germany
ISSN 0514-2717

Bestell-Nr. 41140

Inhaltsverzeichnis

WALTER HORNSTEIN

Erziehung und sozialer Wandel – Brennpunkte sozialpädagogischer
Forschung, Theoriebildung und Praxis. Eine Einführung in die Thematik
des Beihefts 7

Sozialpädagogisch relevante Problem- und Lebenslagen

KARL NEUMANN

Aufwachsen in Familien. Kindersituationen heute aus pädagogischer
Perspektive 17

JÜRGEN BARTHELMES

Raver, Rapper, Punks, Skinheads und viele andere. Beobachtungen
aus jugendkulturellen Szenen 39

WALTER HORNSTEIN

Generation und Generationenverhältnisse in der „radikalisierten
Moderne“. Theoretische Perspektiven und Forschungsaufgaben
in der Erziehungswissenschaft 51

THOMAS GERICKE

Von der Schule ins Aus. Die Krise des Ausbildungssystems und die
Aufgaben der Jugendsozialarbeit 69

HERBERT E. COLLA

„In Rußland war ich der ‚Faschist‘, in Deutschland bin ich der ‚Russe‘,
eigentlich sollte ich hier nur ‚Deutscher‘ sein.“ Zuwanderung junger
Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion – eine Problemskizze 83

Konzepte – Arbeitsformen – Praxisfelder

HEDI COLBERG-SCHRADER

Kindertageseinrichtungen – selbstverständlicher Teil kindlichen Lebens 99

MATHIAS SCHWABE

Sozialpädagogische Prozesse in Erziehungshilfen zwischen Planbarkeit
und Technologiedefizit 117

MICHAEL WINKLER

Flexibilisierung und Integration von Erziehungshilfen. Oder auch:
Überlegungen zur Selbstvergessenheit der Pädagogik 131

ELISABETH HELMING

Hilfen für Familien in Krisensituationen. Vom „Homebuilders Model“
über das „Families First Program“ zu Familienaktivierungs-Konzepten
in der Bundesrepublik Deutschland 153

FRANK BRAUN/TILLY LEX Zwischen Pädagogik und Betriebswirtschaft. Jugendhilfebetriebe als neues Modell der Jugendberufshilfe	169
MICHAEL GALUSKE/WERNER THOLE „Raus aus den Amtsstuben ...“. Niedrigschwellige, aufsuchende und akzeptierende sozialpädagogische Handlungsansätze – Methoden mit Zukunft?	183
CHRISTIAN LÜDERS Das Programm der rekonstruktiven Sozialpädagogik. Eine Kritik seiner Prämissen und Anmerkungen zu einigen Unterschieden zwischen sozialpädagogischem Handeln und Forschen	203
 <i>Aktuelle Probleme der Organisation sozialpädagogischer Praxis</i>	
THOMAS RAUSCHENBACH Grenzen der Lebensweltorientierung – Sozialpädagogik auf dem Weg zu „systemischer Effizienz“? Überlegungen zu den Folgen der Ökonomisierung Sozialer Arbeit	223
GABY FLÖSSER/MATHIAS SCHMIDT Konzepte der Modernisierung sozialer Dienste	245
 <i>Sozialpolitische Rahmenbedingungen</i>	
LOTHAR BÖHNISCH Sozialpolitik und Sozialpädagogik. Gemeinsame Traditionslinien und ihre aktuellen Bezüge	261
WERNER SCHEFOLD Sozialstaatliche Hilfen als „Verfahren“. Pädagogisierung der Sozial- politik – Politisierung Sozialer Arbeit?	277
CHRISTIAN V. WOLFFERSDORFF Zwischen Reform und Krise. Neue Verwirrungen über die Aufgaben von Jugendhilfe und Kriminalpolitik	291
 <i>Europäische Perspektiven</i>	
WOLFGANG TREDE Konzepte der Heimerziehung im europäischen Vergleich	317
FRANZ HAMBURGER Politik und Pädagogik des Sozialen im Prozeß der europäischen Integration	339

Von der Schule ins Aus

Die Krise des Ausbildungssystems und die Aufgaben der Jugendsozialarbeit

Einleitung

Seit Mitte der 70er Jahre ist zu beobachten, daß der Zugang Jugendlicher und junger Erwachsener zu beruflicher Bildung und Erwerbstätigkeit, von demographischen und modernisierungsbedingten Entwicklungen unterschiedlich beeinflußt, immer schwieriger geworden ist (BRAUN 1996; FELBER 1997). Zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt, daß die Krise des Arbeits- und Ausbildungsmarktes mit ihren verengten Zugangsmöglichkeiten zu beruflicher Ausbildung und Erwerbstätigkeit die Biographien von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Abhängigkeit von der individuellen Bewältigung der Übergänge von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit nachhaltig beeinflußt (BLOSSFELD 1985; BAETHGE et al. 1988; HEINZ 1995; LEX 1997; SCHÄFER 1997).

In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf die strukturellen Mängel des dualen Systems hingewiesen (FREUDENBERG-STIFTUNG 1998). Sie werden darin gesehen, daß das duale System auf die wechselnden Entwicklungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt nicht dynamisch reagieren kann. Diese Erkenntnis führte bereits Anfang der 70er Jahre zur Entstehung eines Systems sozialer und beruflicher Integrationshilfen, das anfänglich vor allem individuell beeinträchtigten und/oder sozial benachteiligten Jugendlichen den Übergang ins Erwerbsleben ermöglichen sollte. In den letzten Jahren mußte dieses „Parallelsystem“ aber immer stärker auch von Jugendlichen genutzt werden, die von ihren Voraussetzungen her den Anforderungen des Regelsystems der beruflichen Ausbildung hätten gerecht werden können, wenn ein ausreichendes Angebot vorhanden gewesen wäre (LEX 1997).

Die für die Jugendhilfe in diesem Handlungsfeld geltenden gesetzlichen Regelungen wurden in § 13 des KJHG gegenüber § 5, Abs. 1, des JWG deutlich präzisiert. Danach hat die Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit die Aufgabe, „... jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen und zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind“, sozialpädagogische Hilfen anzubieten, die „... ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern“ (MÜNDER 1993, S. 167).

Ziel dieses Beitrags ist es, die in den letzten Jahren immer größer gewordenen Diskrepanzen zwischen den Erwartungen und Zielvorstellungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Hinblick auf ihre berufliche Ausbildung und Erwerbstätigkeit einerseits und den tatsächlichen Realisierungschancen

cen auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt andererseits sowie den daraus resultierenden Modernisierungs- und Reformbedarf im Ausbildungssystem zu verdeutlichen. Ziel dieser Reformmaßnahmen muß es sein, daß alle Jugendlichen, die die Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung erfüllen, unabhängig von demographischen und konjunkturellen Schwankungen und Regionalisierungsprozessen in den Betrieben in eine berufliche Ausbildung eintreten können. Zweitens geht es in diesem Beitrag darum, die Aufgaben der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit, wie sie sich aufgrund der beschränkten Funktionstüchtigkeit des dualen Systems der beruflichen Ausbildung, aber auch angesichts erwartbarer Entwicklungen in diesem Bereich abzeichnen, herauszustellen. Vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung sollen im nachfolgenden zunächst die arbeitswelt- und erwerbslebenbezogenen Einstellungen und Orientierungen der Jugendlichen vergegenwärtigt werden; dem sind gegenüberzustellen die Entwicklungen bei den Zugangsmöglichkeiten zu einer beruflichen Ausbildung und die Risiken bei der sogenannten „zweiten Schwelle“, also beim Übergang von der abgeschlossenen Ausbildung in den Arbeitsmarkt; schließlich sollen Konsequenzen und Forderungen, die sich aus der gegenwärtigen Situation und aus den absehbaren Entwicklungen in diesem Bereich für die Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit ergeben, dargestellt werden.

Die Zugangsbedingungen für Jugendliche und junge Erwachsene haben sich in den letzten Jahren, insbesondere seit der deutschen Vereinigung mit ihren vielfältigen wirtschaftlichen Implikationen, noch weiter verschlechtert. Dabei gibt es in der Bundesrepublik Deutschland bereits seit etwa 1974 Hinweise auf strukturelle Defizite beim Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung: War die Rezession 1967/1968 mit ihrer Arbeitslosigkeit an den Jugendlichen und jungen Erwachsenen noch relativ spurlos vorübergegangen, so zeigten sich Mitte der 70er Jahre insbesondere für lernbeeinträchtigte und/oder sozial benachteiligte Jugendliche, aber auch schon für Jugendliche ohne oder mit schlechtem Hauptschulabschluß, Übergangsprobleme an der Schwelle zu Ausbildung und Beruf. Die Entwicklung von Hilfen zur beruflichen Orientierung und Integration bei freien Trägern der Jugendhilfe setzte ein und wurde über die Arbeitsmarktkrise zu Beginn der 80er Jahre bis in die Gegenwart gleichsam zu einem Parallelsystem der beruflichen Ausbildung – neben dem System der dualen Ausbildung – ausgeweitet (vgl. RECKZEH 1991; BRAUN 1996; LEX 1997; FELBER 1997). Jenseits aller subjektiven Einschätzungen und politischen Erklärungen ist die Existenz dieses Parallelsystems damit auch manifester Ausdruck für die strukturellen Defizite des dualen Systems.

Arbeitswelt- und erwerbslebenbezogene Einstellungen und Orientierungen Jugendlicher

Der seit Erscheinen der letzten „Shell-Studie“ wohl am meisten zitierte Satz charakterisiert, wie die Probleme auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen wahrgenommen werden: „Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht!“ (JUGENDWERK DER DEUTSCHEN SHELL 1997). Es sind nicht mehr einzelne Jugendliche, nicht mehr nur die mit ungünstigen schulischen Voraussetzungen und die aus strukturschwachen

Regionen, denen der Übergang in die berufliche Ausbildung und Erwerbstätigkeit Sorgen und Zukunftsangst verursacht und die den Übergang nicht oder nur mit Problemen meistern. Die Ausbildungs- und Arbeitsmarktkrise hat die junge Generation insgesamt erreicht. Die Autoren der „Shell-Studie“ verweisen darauf, daß es in der Wahrnehmung der Arbeitslosigkeit keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Geschlechtern und zwischen Ost und West gibt, und konstatieren eine „gewissermaßen ... prägende Generationserfahrung“ (op. cit. 1997, S. 14).

Dies mag nicht immer mit dem öffentlichen Erscheinungsbild dieser Generation, die sich gern als „coole Fun-Generation“ gibt, übereinstimmen; aber spätestens an der Schwelle von der Schule zur beruflichen Erstausbildung erfahren die Jugendlichen in ihrer Mehrzahl die Probleme, die sich aus dem Auseinanderfallen von Angebot und Nachfrage ergeben und ihnen den Start in ein Erwerbsleben, das ihre ökonomische Selbständigkeit ermöglicht, erschweren. Sie sind zu diesem Zeitpunkt zumeist zwischen 16 und 19 Jahre alt und in eine Gesellschaft hineingewachsen, in der sich Ansehen und sozialer Status nach wie vor in erster Linie über die Teilhabe am Erwerbsleben definiert. Wie sehr diese Schwierigkeiten beim Übergang in berufliche Ausbildung und Erwerbstätigkeit „ausstrahlen“ und Altersgruppen erreichen, die eigentlich noch nicht direkt von dieser Problematik betroffen sind, diese aber in ihrem Lebensgefühl schon antizipieren, zeigen z.B. auch die Ergebnisse einer von der Jugendzeitschrift *Bravo* in Auftrag gegebenen Emnid-Untersuchung: Danach sind für 76% der untersuchten 14- bis 18jährigen die Arbeitslosigkeit und für 52% die Ausbildungs- und Lehrstellensituation die dringendsten politischen Handlungsfelder (HEINRICH BAUER VERLAG 1998).

Der krisenhafte Charakter der Entwicklungen auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt wird vor allem dann deutlich, wenn man sie mit den Erwartungen und Lebensorientierungen der Jugendlichen konfrontiert. Zwar finden sich in der Literatur immer wieder Hinweise darauf, daß sich vor dem Hintergrund der quantitativ und qualitativ veränderten Arbeitsmarktbedingungen, die BECK (1996) in den knappen Satz faßte: „Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus!“, auch die Berufswahlentscheidungen, die zeitliche Verbindlichkeit von beruflichen Plänen und nicht zuletzt der Stellenwert von Erwerbstätigkeit generell verändert haben bzw. sich verändern mußten (BERTRAM 1994; PREISS 1996); die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen aber verbindet nach wie vor mit der Vorstellung vom Leben die Erwerbstätigkeit (GERICKE 1994; PREISS 1996; RAAB 1996; BEER et al. 1997; HEINZ/LAPPE 1998). Es gibt also keine empirischen Hinweise darauf, daß die Mehrheit der Jugendlichen in einer Existenzsicherung jenseits von Arbeit und Berufstätigkeit eine Alternative sehen würde.

In den Wertvorstellungen Jugendlicher verknüpft sich aber mit Erwerbstätigkeit nicht nur die Existenzabsicherung. Mit der Teilhabe am Erwerbsleben verbinden männliche wie weibliche Jugendliche auch inhaltliche Ansprüche, die die Arbeit erfüllen soll, wie u.a. RAAB (1996) in zwei westdeutschen Regionen ermittelte. Aber auch die Befunde bei Jugendlichen in den neuen Bundesländern weisen eine starke Orientierung an Erwerbstätigkeit als Grundlage einer eigenständigen Lebensführung aus (BEER et al. 1997), wobei die Bedeutung des Werts „Arbeit“ mit zunehmendem Alter sogar wächst. Die zentrale Bedeutung der Erwerbstätigkeit für die Lebensgestaltung wird auch dadurch dokumentiert,

daß diejenigen, die arbeitslos oder in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme tätig sind, den Stellenwert von Arbeit noch wesentlich höher ansetzen bzw. den Verlust von Arbeit als noch gravierendere Beeinträchtigung ihrer Lebensgestaltung empfinden als alle anderen (HANS-BÖCKLER-STIFTUNG 1997, S.38; BERTRAM 1997).

Vor dem Hintergrund einer so starken Orientierung an beruflicher Erwerbstätigkeit wird der versperrte Zugang zu Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt von den Jugendlichen als eine herbe Zäsur in ihrer Lebensplanung empfunden. Die Konsequenzen dieser Erfahrung reichen weit über die Berufs- oder Erwerbsbiographie hinaus: Sie verschließen einem Teil der Jugendlichen einen zentralen Sozialisationsbereich und verhindern oder erschweren dadurch das Erlangen fachlicher und sozialer Kompetenzen, die wiederum Grundlage für ein erwerbsorientiertes Arbeitsleben sind (LAPPE 1991). Für eine wachsende Anzahl von Mitgliedern einer Gesellschaft, die die soziale Reputation in erster Linie über Arbeit und Einkommen definiert, bedeutet das eine nachhaltige Stigmatisierung. Die Betroffenen empfinden bzw. erleben gleichsam eine unzureichende Wahrnehmung ihrer Probleme durch die Gesellschaft. Die Entfremdung der Jugendlichen von den politischen Institutionen und ihren Ritualen sowie die Überzeugung, daß eigene Interessen nicht durchsetzbar sind – mit der Folge abnehmender Identifikation mit dem politischen System und seinen Gestaltungsmechanismen – stehen damit im Zusammenhang. Das findet seinen Ausdruck u.a. in dem verschwindend geringen Anteil Jugendlicher und junger Erwachsener (bis 30 Jahre) im Mitgliederbestand der etablierten Parteien, der z.B. bei der SPD 6,5% und bei der CDU 4,7% ausmacht (DÜRR 1998).

Die Art und Weise, wie Jugendliche mit dem Dilemma umgehen, das sich aus der Orientierung auf ein Erwerbsleben und den unzureichenden Realisierungsmöglichkeiten dieser Orientierung ergibt, zeigt sehr unterschiedliche Facetten. Generell versuchen die Jugendlichen, ihre individuellen Chancen durch Leistungsbereitschaft, Engagement und (Weiter-)Bildung zu erhöhen, familienbezogene Planungen werden modifiziert, und auch die geographische Mobilität wird ausgeweitet (GERICKE 1996). Unterhalb dieser allgemeinen Strategien ist allerdings eine deutliche Differenzierung zu beobachten, die von einer „mentalen Abkopplung“ von der Erwerbsgesellschaft bis zur engagiert gestalteten Ausbildungs- und Erwerbsbiographie reicht. Untersuchungen zur Mobilität Jugendlicher im Kontext von Ausbildung und Erwerbstätigkeit im Freistaat Sachsen erbrachten, daß gerade die leistungsstarken Jugendlichen, die mit größerer Sicherheit auch unter den schwierigen Bedingungen des Ausbildungsstellenmarktes einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen hätten, dem Freistaat den Rücken kehrten, um nicht irgendeine, sondern die für ihre beruflichen Wunschvorstellungen passende Berufsausbildung zu erlangen. Eine Rückkehr machten viele dieser Jugendlichen vom Karriereverlauf abhängig. Im Gegensatz dazu gab es eine Gruppe Jugendlicher, die sich unter dem Druck des Ausbildungsstellenmarktes zu Zugeständnissen in der beruflichen Ausbildung bereit erklärten oder sich sogar auf ein alimentiertes Leben in der Sicherheit ihres sozialen Netzes (Familie, Freunde) einstellten (GERICKE/KARIG 1996). Die überwiegende Mehrheit versucht aber offensichtlich, mit einer großen Kompromißbereitschaft die Hürde zu einer beruflichen Ausbildung zu nehmen und sich damit die Grundlage für ein Erwerbsleben zu schaffen. Das Verhältnis von

offenen Stellen zu noch nicht in eine Berufsausbildung vermittelten Jugendlichen deutet gleichzeitig darauf hin, daß der Ausbildungsstellenmarkt im Osten Deutschlands bei den Jugendlichen eine größere „Kompromißbereitschaft“ erzeugt als in den alten Ländern (s. u.).

Die Entwicklungen bei den Zugangsmöglichkeiten zu beruflicher Ausbildung

Seit Beginn der 80er Jahre hat das deutsche System der beruflichen Ausbildung, das in seiner Verbindung von theoretischer und betrieblicher und damit arbeitsmarktnaher Ausbildung auch lange Zeit als Garant für einen annähernd reibungsarmen Übergang in das Erwerbsleben galt, einen Imageverlust hinnehmen müssen. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik war in diesen Jahren für einen beträchtlichen Teil der Nachwuchsjahrgänge der Übergang von der Berufsausbildung in die Erwerbstätigkeit versperrt (SCHÖBER 1991). Als 1983 von den nahezu 725.000 Bewerbern um eine betriebliche Ausbildungsstelle immerhin 47.000 leer ausgingen und diese Zahl in den Jahren bis 1985 auf 58.000 stieg (BMBWFT 1997, S. 2), war das damals geradezu eine Krise des Ausbildungssystems. Es setzte zwar bei allen Akteuren erste Nachdenklichkeit ein; das Vertrauen in die regulierende Kraft des Marktes war aber noch nicht erschüttert. Und obwohl die Anzahl neu geschaffener Ausbildungsplätze im Westen Deutschlands bis Mitte der 90er Jahre zunahm, brachten eine wirkliche Entspannung am Ausbildungsmarkt erst der demographisch bedingte Rückgang der Schulabgänger und damit einhergehend die rückläufige Nachfrage nach Plätzen der betrieblichen Berufsausbildung (von 1984 bis 1994 sank die Nachfrage im Westen um 296.000 oder 39%; BMBWFT 1997, S. 2).

Wurde für das Ausbildungsjahr 1995/96 mit 483.000 gemeldeten Ausbildungsstellen für 473.000 Nachfragende im Westen Deutschlands noch ein rechnerisches Überangebot ausgewiesen, so schlug die Angebots-Nachfrage-Relation 1997 in Fortsetzung des Trends der vorangegangenen Jahre auch in einen rechnerischen Ausbildungsplatzmangel um. Trotz der Erhöhung der Anzahl angebotener Ausbildungsplätze ergab sich aus der deutlich stärkeren Nachfrage ein Defizit von 21.500 Ausbildungsplätzen (BMBWFT 1998, S. 11). Zwei Drittel dieses Defizits entfielen dabei auf den Osten Deutschlands, wo 14.500 Ausbildungsplätze fehlten (ebd.). Die bloße Angebots-Nachfrage-Relation vermittelt aber nur ein unzureichendes Bild von der tatsächlichen Ausbildungssituation; die beruflichen Vorstellungen der Jugendlichen lassen sich nämlich bei aller Flexibilität, die sich unter den schwierigen Bedingungen des Ausbildungsstellenmarktes bei den Jugendlichen entwickelt hat, nicht ohne weiteres mit den noch unbesetzten Ausbildungsstellen in Übereinstimmung bringen. Das hat zur Folge, daß auch 1997 in den alten Ländern ca. 32.000 Jugendliche noch keinen Ausbildungsplatz hatten. Dem standen 25.200 offene Stellen gegenüber. In den neuen Ländern gab es lediglich 647 offene Stellen, denen 15.200 nicht-vermittelte Jugendliche gegenüberstanden (BMBWFT 1998, S. 2).

Spätestens mit der die deutsche Vereinigung begleitenden wirtschaftlichen Strukturkrise wurde unübersehbar, daß nicht das bildungspolitische *Konzept* des dualen Systems mit seiner Aufteilung in einen berufstheoretischen Teil in

den Berufsschulen unter Verantwortung der Länder und eine praktische Ausbildung in den Ausbildungsbetrieben der Wirtschaft, des Handwerks und der öffentlichen Verwaltungen in Frage gestellt war, sondern daß die *Praxis* des dualen Systems gravierende strukturelle Mängel in sich birgt, die dazu führen, daß für einen großen Teil der Jugendlichen die berufliche Ausbildung nicht mehr gewährleistet ist. Diese strukturellen Mängel bestehen vor allem darin, daß das duale System auf die demographisch oder konjunkturell bedingten Schwankungen des Arbeitsmarktes nicht dynamisch reagieren kann, sondern diese gleichsam nachvollzieht.

Unter dem wirtschaftlichen Druck der deutschen Einheit war die Berufsausbildung eines der ersten Segmente, von denen sich die ehemaligen DDR-Betriebe mit dem Verweis auf die Kosten verabschiedeten. Trotz zahlreicher Abbrüche und veränderter Bildungswege gelangten die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch ein staatlich subventioniertes System der überbetrieblichen Ausbildung zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung (Schober 1991). Die Ausbildungssituation hat sich aber für die Jugendlichen seitdem weiter verschlechtert, obwohl die Anzahl der angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätze seit 1992 auf 128% erhöht werden konnte (126.300). Sie wurde von der demographischen Entwicklung überlagert, die im gleichen Zeitraum die Nachfrage auf 146% anwachsen ließ (BMBWFT 1998, S. 11). Die Angebots-Nachfrage-Relation hat sich damit im Osten Deutschlands 1997 gegenüber 1996 von 90,8 auf 89,7 weiter verschlechtert (ebd.). Diese Entwicklung konnte selbst mit den zahlreichen Bemühungen um die Schaffung neuer betrieblicher Ausbildungskapazitäten nicht gestoppt werden. Das Spektrum der Bemühungen reichte dabei von Appellen der Bundesregierung an die Arbeitgeber über die vollständige oder anteilige Finanzierung von Ausbildungsplätzen bis zu den jährlichen Aktionen der Arbeitsämter, in denen die Mitarbeiter direkt in den Betrieben Ausbildungsplätze akquirieren. In der Summe konnte so zwar ein Anstieg der Ausbildungskapazitäten erreicht werden, die Anzahl der Plätze reicht aber bei weitem nicht aus. Die regionalen Unterschiede sind dabei erheblich. Vor allem in Brandenburg und Ost-Berlin haben die Angebots-Nachfrage-Relationen mit 82,4 bzw. 80,6 inzwischen Werte erreicht, die für die ausbildungswilligen Jugendlichen eine düstere Zukunft bedeuten. Aber selbst ein wirtschaftlich aktives Bundesland wie Sachsen liegt mit einem Wert von 88,3 weit hinter den Schlußlichtern der alten Bundesländer zurück (z.B. Bremen: 92,4; BMBWFT 1998, S. 198).

Die erschwerten Zugangsbedingungen zu beruflicher Ausbildung haben verschiedene Implikationen: Sie führen unter den Lehrstellenbewerbern grundsätzlich zu einer größeren Konkurrenz. Das wäre unter Umständen, soweit es um die Zugangsmöglichkeiten zu bestimmten, attraktiven Berufszweigen geht, noch annehmbar. Aber für viele bedeutet dieser Sachverhalt nicht nur eine Einschränkung der Berufswahlmöglichkeiten, sondern ist insbesondere für die Jugendlichen mit weniger guten Leistungsvoraussetzungen gleichbedeutend mit der Aussperrung von der betrieblichen Berufsausbildung. Sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern erzeugt der Mangel an Ausbildungsplätzen eine von Jahr zu Jahr wachsende Anzahl nicht-vermittelter Jugendlicher (BMBWFT 1998) und vor allem unter den Benachteiligten eine immer größer werdende Gruppe nicht-vermittelbarer Jugendlicher. Denn wer eigentlich einer

betrieblichen Berufsausbildung zuneigt, aber keinen Ausbildungsplatz bekommt, weicht in eine schulische Ausbildung bis zum Abitur aus, um dann – mit besseren Chancen in zahlreichen Ausbildungsberufen – wieder in eine betriebliche Berufsausbildung einzumünden (BMBWFT 1997, S. 47). 1996 waren es allein 14% der nicht-vermittelten Lehrstellenbewerber, die sich für einen weiteren Schulbesuch entschieden (SCHÄFER/WAHSE 1997, S. 81). Der Druck auf dem Ausbildungsstellenmarkt wird dadurch so groß, daß Jugendliche mit weniger guten Leistungen, mit Lernschwächen oder anderen Beeinträchtigungen, die früher nicht den Ausschluß von einer betrieblichen Ausbildung bedeutet hätten, keinen Zugang mehr zu einer betrieblichen Ausbildung finden. Eine vergleichbare Entwicklung hat sich bereits zu Beginn der 70er Jahre infolge der Bildungsexpansion an der Gruppe der Hauptschüler beobachten lassen, die durch das Nachrücken besser gebildeter bzw. ausgebildeter junger Erwachsener nur unter großen Schwierigkeiten Zugang zum Erwerbssystem fanden (BECK 1986, S. 239).

Wenngleich das duale System trotz der skizzierten Entwicklungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt für die Mehrheit der Jugendlichen, die sich für eine betriebliche Berufsausbildung entschieden haben, nach wie vor den Königsweg der Berufsausbildung darstellt, so ist doch deutlich zu erkennen, daß unter den Bedingungen einer weniger prosperierenden Wirtschaft das duale System die rezessiven Entwicklungen der Wirtschaft meist noch vorwegnimmt und damit ausbildungswilligen Jugendlichen die zentrale Zugangsmöglichkeit zu betrieblicher Berufsausbildung nachhaltig erschwert wird. Der berufspädagogisch moderne Ansatz des dualen Systems steht damit im krassen Gegensatz zu seiner ordnungspolitischen Verbindlichkeit. Solange sich die Wirtschaft unter Hinweis auf die Kosten der Berufsausbildung oder den praktisch nicht vorhandenen Bedarf an jungen Facharbeitern – quasi über Nacht – aus dem dualen System zurückziehen kann, ist das duale System ein ausgesprochenes „Schönwettersystem“ und in Krisenzeiten unter gesellschaftspolitischen Kriterien nicht bedarfsgerecht funktionstüchtig, weil es für einen Teil der ausbildungswilligen Jugendlichen den Weg ins Berufsleben nur schwer oder sogar unmöglich macht.

Das wissen natürlich auch die Politik und die Tarifparteien. Die bisherigen Strategien zur Lösung des Problems kommen aber über eine Schadensbegrenzung nicht hinaus. Diese besteht vor allem in der Subventionierung betrieblicher Ausbildungskapazitäten oder der Finanzierung überbetrieblicher Ausbildungsgänge mit Mitteln der Länder, des Bundes oder der Europäischen Union. Beides sind wichtige und in Anbetracht der Problemlage auch notwendige Interventionen, die letztlich einem größeren Teil der Jugendlichen eine Ausbildungsperspektive geben. Trotzdem sind diese Maßnahmen für die Entwicklung des Berufsbildungssystems in Deutschland nicht ohne Risiken. Überbetriebliche Ausbildungsgänge kranken zumeist daran, daß die Ausbildung fernab der tatsächlichen Arbeitswelt erfolgt. Jugendliche aus überbetrieblichen Ausbildungsgängen haben zwar eine abgeschlossene Berufsausbildung, aber deutlich schlechtere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt als betrieblich ausgebildete Jugendliche (BMBWFT 1997, S. 111f.). Ihr Risiko, nach der Ausbildung arbeitslos zu werden, ist deutlich höher als das von Jugendlichen aus einer betrieblichen Ausbildung (DAVIDS 1997). Hinzu kommt, daß die angebotenen Ausbildungsgänge häufig völlig losgelöst von den potentiellen Verwertungsbedingungen des regionalen Arbeitsmarktes – wenn es die überhaupt gibt – durchge-

führt werden. So wurde Schulabgängerinnen in den neuen Ländern lange Zeit die Ausbildung zur Hauswirtschafterin empfohlen. Dieses Berufsbild machte die Hälfte aller angebotenen überbetrieblichen Ausbildungsgänge für diese Zielgruppe aus (BMFSFJ 1992).

Das größere Problem der subventionierten Ausbildung besteht allerdings in der damit einhergehenden Unterhöhung des dualen Systems. In den neuen Ländern ist inzwischen etwa jeder zweite Ausbildungsplatz durch Länderprogramme gefördert; dazu kommen die Bund-Länder-Programme (8% der Ausbildungsplätze) und die Ausbildung von Benachteiligten nach (vormals) § 40c Abs. 2 AFG (9,2% der Ausbildungsplätze). Damit sind in den neuen Ländern bereits zwei Drittel der abgeschlossenen Ausbildungsvereinbarungen in irgendeiner Form staatlich subventioniert (BMBWFT 1997, S. 30). Mit den in den alten Bundesländern ebenfalls schlechter werdenden Angebots-Nachfrage-Relationen werden auch dort über die klassischen Benachteiligtenprogramme hinaus betriebliche und überbetriebliche Ausbildungsgänge subventioniert; das ist z. B. in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg der Fall (BMBWFT 1997).

Es ist zu befürchten, daß das Auftreten des Staates als Ausbildungsfinanzier, bei aller Notwendigkeit, das falsche Signal an die eigentlich für die Ausbildung Zuständigen ist. Diese können sich aus der beruflichen Ausbildung zurückziehen und gleichzeitig sicher sein, daß sie im Bedarfsfall auf ausgebildete Jugendliche zugreifen können. Selbst die Arbeitsverwaltungen konstatieren inzwischen im Zusammenhang mit der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe eine manifeste „Subventionsmentalität“ (STREICH 1998). Es ist in Krisenzeiten zweifelsohne Aufgabe der Politik, Schadensbegrenzung zu betreiben, vor allem dann, wenn es um die Kompensation von Krisenlagen geht, die, wie im Fall der beruflichen Ausbildung, von den betroffenen Jugendlichen nicht zu verantworten sind. Übergeordnete Aufgabe der Politik muß es in diesem Fall aber sein, zwischen allen beteiligten Akteuren der beruflichen Bildung Verbindlichkeiten herzustellen, die den Zugang zum dualen System für all jene Jugendlichen garantiert, die die Voraussetzungen dafür erfüllen. Die Forderung kann nur lauten: mehr Ausbildungsbetriebe, in den Ausbildungsbetrieben ggf. auch über den gegenwärtigen Bedarf hinaus ausbilden und Jugendlichen mit sozialen und schulischen Problemen Hilfen anbieten, die ihnen eine Ausbildung im dualen System, also unter praxisnahen Bedingungen, ermöglichen. Adressaten dieser Forderung sind vor allem die Wirtschaft, das Handwerk, die freien Berufe und nicht zuletzt die öffentlichen Verwaltungen sowie die Politik, die eine größere Verbindlichkeit der Ausbildungsverantwortung herstellen muß.

Risiko und Scheitern an der „zweiten Schwelle“

Jugendliche haben bei ihrem Weg ins Erwerbsleben nicht nur die Hürde, die das Finden eines Ausbildungsplatzes schwierig macht, sondern eine zweite Schwelle vor dem Finden eines Arbeitsplatzes zu überwinden. Wie hoch und für wie viele unüberwindbar diese im Zeichen der Arbeitsmarktkrise ist, zeigt die Tatsache, daß immer mehr jüngere, auch gut ausgebildete Arbeitsplatzsuchende von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Klientel von Jobbörsen im Osten Berlins ist

z.B. durch einen hohen Anteil Jugendlicher mit abgeschlossener Berufsausbildung gekennzeichnet (GERICKE 1997). Die diesbezüglichen Zahlen sprechen für sich: Seit 1992 hat sich die amtliche Arbeitslosenquote bei den unter 20jährigen von 4,5% auf etwa 10% (1997) verdoppelt. Die anteilige Quote für die neuen Länder liegt in dieser Altersgruppe sogar bei knapp 17%. Für die 20- bis 25jährigen sieht die Erwerbssituation noch schlechter aus: 12% von ihnen in den alten und 22% in den neuen Ländern haben keinen Arbeitsplatz (BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT 1998; zit. nach FREUDENBERG-STIFTUNG 1998). Jugendliche ohne Abschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf sind in beiden Altersgruppen überrepräsentiert. Bei den 20- bis 25jährigen sind es 58% und bei den unter 20jährigen sind es sogar 79% der Erwerbslosen. Den Mangel an Arbeitsplätzen bekommen also zuerst diejenigen zu spüren, die keine Berufsausbildung haben. Die Arbeitsmarktkrise führt aber auch immer öfter dazu, daß Jugendliche nach erfolgreicher Berufsausbildung in die Arbeitslosigkeit geraten. Waren es in den alten Ländern 1992 ca. 13% der Jugendlichen, die nach der Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf arbeitslos wurden, so betraf es 1997 bereits 25% (BMBWFT 1998, S. 117). In den neuen Ländern sehen die Perspektiven noch schlechter aus: Meldeten sich 1993 24% der Absolventen einer Berufsausbildung arbeitslos, so waren es 1997 bereits 40% (BMBWFT 1998, S. 117).

Besonders schwer haben es weibliche Jugendliche, nach dem Abschluß der Berufsausbildung einen Arbeitsplatz zu finden; ähnlich schwer ist es für Jugendliche, die auf dem Weg einer außerbetrieblichen Ausbildung einen Fachabschluß anstreben. Nach Untersuchungen des Bundesinstituts für Berufsbildung gelang in den neuen Ländern von den Jugendlichen, die eine betriebliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hatten, 77% und von denen aus einer außerbetrieblichen Ausbildung lediglich 27% im Anschluß an die Ausbildung der Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis. Werden allerdings die im Berufsbildungsbericht 1997 ausgewiesenen Jugendlichen zusammengefaßt, die unmittelbar nach Abschluß einer Berufsausbildung, befristet oder unbefristet, erwerbstätig waren (82%), so zeigen sich für die alten Länder erwartungsgemäß bessere Übergangschancen. Auch mit dem Abstand von 15 Monaten wird der Trend bestätigt, daß Jugendliche, die im Anschluß an die Ausbildung keinen Anschluß ans Erwerbssystem finden, wesentlich nachhaltiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind (BMBWFT 1997, S. 108 u. 110).

Damit sind die Grundtendenzen in der Problematik der Berufseinmündung nach der abgeschlossenen Berufsausbildung in den alten und neuen Ländern vergleichbar, wenn auch auf einem anderen quantitativen Niveau. Die Prozesse hinter dieser Entwicklung sind allerdings sehr unterschiedlich. In den alten Ländern haben sich die Unternehmen, selbst die in den industriellen Kernbereichen, von der lange praktizierten Übernahmegarantie verabschiedet (LAPPE 1997). Sie haben gleichzeitig mit dem Hinweis auf Konjunktur und „Modernisierungserfolge“ die Anzahl der Ausbildungsplätze drastisch verringert. Aus dem „Übernahmedilemma“ der Betriebe wurde so für die Jugendlichen das „Zugangsdilemma“ zu beruflicher Ausbildung. Im Osten hat es diese praktisch realisierten Übernahmegarantien allerdings nach 1990 nie gegeben. Eine der wenigen Ausnahmen findet sich im Bereich der Industriegewerkschaft Steine-Erden, die 80% der Auszubildenden vereinbarungsgemäß übernimmt.

Der schwierige Übergang von der Berufsausbildung in die Erwerbstätigkeit

ist im Osten aber auch aus strukturellen Gründen bzw. aus Gründen der Trägerschaft der Berufsbildung problematisch, er ist geradezu „hausgemacht“ und zeigt, daß partielle Interventionen im Bereich Ausbildung bei aller Notwendigkeit das Problem berufsbiographisch nur auf die sich anschließende Erwerbstätigkeit verschieben. Insofern sind die deutlich geringeren Übernahmemechanismen der Jugendlichen im Osten die direkte Folge der zu 60% durch Bund und Länder subventionierten betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen.

Mit dieser Feststellung soll nicht einem Rückzug der Interventionspolitik aus den Bereichen der beruflichen Erstausbildung von Jugendlichen das Wort geredet werden. Diese Interventionen sind immer dann unerlässlich, wenn nach erfolgreichem Abschluß der Schule aus strukturellen Gründen, die die Jugendlichen nicht zu verantworten haben, ihnen der reguläre Weg ins Erwerbsleben über das duale System unmöglich gemacht wird. Sie sind aber um so wirkungsvoller und auch vor dem Hintergrund der eingesetzten Mittel effizienter, je stärker sie einem berufsbiographisch komplexeren Ansatz folgen. Dies würde bedeuten, daß den Jugendlichen der Weg über eine berufliche Ausbildung und deren erfolgreichen Abschluß bis zur beruflichen Erstplatzierung ermöglicht wird. Sie hätten dann – im Alter von 21 bis 22 Jahren – neben der beruflichen Ausbildung und Sozialisation auch einen allgemeinen Sozialisationsstand, der sie mit den Risiken des Arbeitsmarktes kompetenter, problembewußter und flexibler umgehen ließe.

Zu erwartende Entwicklungen auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt und die Anforderungen an die Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit

Der zu erwartende Handlungsbedarf der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit wird neben den beschriebenen aktuellen Zugangsschwierigkeiten zum Ausbildungs- und Erwerbssystem auch von den bereits absehbaren, mittel- und längerfristigen Entwicklungen beeinflusst und verlangt, daß sich sowohl die Träger der sozialen Arbeit wie auch ihre Partner rechtzeitig darauf einstellen.

Die Prognosen werden dabei von zwei wichtigen Kriterien beeinflusst: der demographischen Entwicklung und dem zu erwartenden Bildungsverhalten der Jugendlichen. Letzteres bleibt in der zentralen Kategorie, nämlich dem Anteil Jugendlicher, die den Weg ins Berufsleben über eine Ausbildung im dualen System oder über eine Berufsfachschule anstreben, mit großer Wahrscheinlichkeit auch bis zum Jahr 2010 unverändert bei 60%. Eine nennenswerte Entspannung der angespannten Ausbildungssituation – MÜNCH (1997) nennt es aus einer anderen Perspektive eine (zahlenmäßige) „Aushöhlung des dualen Systems“ – wird es nicht geben. Auch bei Berücksichtigung aller angestrebten wirtschaftlichen Strukturveränderungen und den damit verbundenen qualitativen Veränderungen innerhalb des dualen Systems, z.B. in bezug auf die Ausbildungsberufe oder die „Modularisierung“ der Ausbildung, werden also nahezu zwei Drittel aller ausübenden Tätigkeiten eine Berufsausbildung voraussetzen. Der Anteil Arbeitsplätze, die einen Hochschulabschluß verlangen, wird von 11% (1987) auf 18% im Jahr 2010 ansteigen. Die gravierendste Veränderung wird es nach einer

Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung allerdings bei den Einfach Tätigkeiten geben (BUTTLER/STOOSS 1992). Ihr Anteil wird im genannten Zeitraum von 23% auf möglicherweise 13% zurückgehen. In Arbeitsplätzen ausgedrückt, bedeutet das einen realen Abbau von bis zu 3,2 Millionen Arbeitsplätzen, für die keine abgeschlossene Berufsausbildung notwendig ist (ebd.). Dabei handelt es sich vor allem um Arbeitsplätze in der Massenfertigung, die bisher eine Domäne der angelernten Arbeitskräfte war. Insgesamt wird damit gerechnet, daß für 90% der Arbeitsplätze ein zertifizierter Berufsabschluß notwendig ist: 72% mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und 18% mit einem akademischen Abschluß (TESSARING 1996).

Die Hürde, die beim Zugang zum Ausbildungsstellen- bzw. Arbeitsmarkt zu nehmen ist, wird also vor dem Hintergrund dieser Prognosen deutlich höher, und der Konkurrenzdruck auf den einzelnen Marktteilnehmer wird stärker. Für die Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit verlangt das im präventiven Bereich nach einer Verstärkung insbesondere bei den berufsorientierenden und -vorbereitenden Angeboten und einer Verstärkung der ausbildungsbegleitenden Angebote, um auch unter diesen erhöhten Konkurrenzbedingungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt denjenigen eine Chance auf berufliche Ausbildung zu erhalten, die ansonsten von diesem Markt verdrängt würden.

Der Druck auf den einzelnen wird aber nicht nur durch die höheren Anforderungen hinsichtlich Ausbildung, Leistungsfähigkeit und Lern- bzw. Qualifikationsanstrengung zunehmen, sondern auch dadurch, daß im Ergebnis der demographischen Entwicklung die Nachfrage zuerst nach Ausbildungsplätzen und dann nach Arbeitsplätzen erheblich ansteigen wird. Im Gegensatz zu den Prognosen über die zu erwartenden Bildungs- und Qualifikationsanforderungen bzw. die zu erwartende Struktur der Arbeitsplätze haben die Vorausberechnungen der demographischen Entwicklung bei den Schulabgängerzahlen und der daran anschließenden Lehrstellennachfrage bereits den Status von Fakten, d.h. hinter diesen Vorausberechnungen verbergen sich bereits die Jugendlichen, die gegenwärtig in der schulischen Ausbildung stehen und deren Nachfrage nach einem Ausbildungsplatz feststeht. Mag es bei den Entscheidungen über den einzuschlagenden Bildungsweg der Jugendlichen noch in der Form Modifizierungen geben, so steht bereits heute fest, daß sich der Bevölkerungsanteil der 14- bis 18jährigen bis zum Jahr 2005 auf rd. 1 Million erhöhen wird. Bei annähernd konstanten Zugangsqoten zur Ausbildung im dualen System bedeutet das ein Ansteigen der Ausbildungsplatznachfrage bis zum Jahr 2004/05 im Westen Deutschlands von derzeit rund 470.000 auf annähernd 580.000 und im Osten von gegenwärtig 120.000 auf nahezu 150.000. Das entspricht in beiden Teilen Deutschlands einer Steigerungsrate von 23,3% im Verlauf von 8-9 Jahren. Selbst wenn ein Teil der zu erwartenden Lehrstellennachfrage durch einen konjunkturellen Aufschwung aufgefangen werden könnte, so würde bei Beibehaltung der derzeitigen Zugangsregelung zu beruflicher Ausbildung eine wachsende Anzahl Jugendlicher nach der Schule keinen Anschluß an das reguläre Ausbildungssystem bekommen.

Mit dem Auftreten erster Friktionen beim Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung zu Beginn der 70er Jahre hat sich parallel zum dualen System der beruflichen Ausbildung ein System der Übergangshilfen entwickelt, das auf diejenigen zugeschnitten war, denen der reguläre Übergang in eine be-

rufliche Ausbildung nicht gelang oder die keine oder sehr schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten. Bis heute hat dieses System eine Diversifizierung erfahren, so daß es Angebote für verschiedene Lebenslagen bereithält. Gegenwärtig und in absehbarer Zukunft kommen diesem „Parallelsystem“ vor allem drei Aufgaben zu: *Erstens* muß es denjenigen Jugendlichen den Zugang zu einer beruflichen Erstausbildung ermöglichen, die wegen sozialer Defizite und Benachteiligungen oder individueller Beeinträchtigungen unter normalen Bedingungen, also ohne zusätzliche Unterstützung und Förderung, keine Chance hätten. *Zweitens* muß es orientierende und unterstützende Angebote entwickeln, die die Berufsorientierung fördern und den Ausbildungsverlauf fachlich stützen können. *Drittens* muß es in Zeiten eines dramatischen Mangels an Ausbildungsplätzen denjenigen dennoch eine berufliche Ausbildung ermöglichen, die zwar alle Voraussetzungen mitbringen, aber am Fehlen von Ausbildungsplätzen scheitern. Angesichts der Tatsache, daß im Umfeld von Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarktkrisen die Betroffenen nicht selten auch in ihrer Lebensführung Hilfe und Unterstützung benötigen, kann davon ausgegangen werden, daß die Handlungsfelder der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit inzwischen den Hauptteil der sozialen Arbeit mit Jugendlichen ausmachen. Im einzelnen reichen sie, dem eben skizzierten Aufgabenspektrum entsprechend, vom präventiven Bereich im Rahmen der Berufsorientierung und Berufswahlentscheidung über außerbetriebliche Beschäftigungs- und Qualifikationsangebote bis zu betriebsförmigen und zertifizierten Ausbildungsgängen in anerkannten Ausbildungsberufen. Flankiert werden diese Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote durch begleitende Hilfen, die sowohl auf den Erfolg der Maßnahme wie auch die eigenständige Lebensführung gerichtet sind.

Für alle in diesen Handlungsfeldern tätigen Akteure bedeutet das, daß sich allein aus den zu erwartenden Anforderungen an berufliche Ausbildung und Qualifikation ein erhöhter Handlungsbedarf ergibt. Dieser wird zu einem Teil daraus entstehen, daß die sozialpädagogisch zu betreuende Gruppe zahlenmäßig zunehmen, die Anforderungen an die Qualität der Hilfsangebote wachsen und sie nur noch dann eine wirkliche Hilfe auf dem Weg in ein nicht alimentiertes Leben sein werden, wenn sie sich an den tatsächlichen Anforderungen und Bedingungen des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes orientieren. Der tatsächliche Hilfe- und Unterstützungsbedarf wird aber über ausbildungs- oder erwerbsbezogene Hilfen hinausgehen, da sich im Umfeld von Erwerbskrisen immer auch ein steigender Bedarf an allgemeiner Lebenshilfe entwickelt.

Die skizzierten Entwicklungen auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt erfordern in der sozialen Arbeit im allgemeinen bzw. bei den Trägern sozialer Arbeit im speziellen zwei strategisch unterschiedliche Handlungsrichtungen: Zum einen haben die Träger der freien Wohlfahrtspflege auch im Kontext der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit eine Lobbyfunktion: Sie müssen auf eine politische Regelung dringen, die möglichst allen Jugendlichen eine Perspektive bis zur beruflichen Erstplatzierung sichert. Zum anderen müssen sie sich, was die Ausgestaltung ihrer Maßnahmen betrifft, vor allem bei den sog. „Marktbenachteiligten“ auf eine steigende Nachfrage einstellen, wobei nur dann eine erfolgreiche Ausbildung oder der Übergang ins Beschäftigungssystem zu erreichen ist, wenn sich die Maßnahmen an den Anforderungen des realen Beschäftigungssystems orientieren. Insbesondere für Angebote zur beruflichen

Integration lassen sich vor diesem Hintergrund zwei Anforderungen formulieren:

(1) Hilfen zur beruflichen Integration für Jugendliche sind noch zu häufig als pädagogische Schonräume gestaltet. Die Jugendlichen werden zu wenig Anforderungen mit Ernstcharakter ausgesetzt. Die Erfahrungen von Praxisprojekten zeigen, daß Jugendliche, denen ungünstige Voraussetzungen attestiert werden, optimal gefördert werden, wenn sie mit ernsthaften, an der Arbeitswelt orientierten Ausbildungs- und Arbeitsanforderungen konfrontiert werden und wenn die pädagogische Anleitung ein hohes fachliches Niveau hat. Vor diesem Hintergrund sollten die Angebote der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit von maßnahmeförmig zu betriebsförmig angelegten Beschäftigungs- und Ausbildungsangeboten entwickelt werden. Die Jugendlichen werden so nicht nur beschäftigt oder zum Abschluß einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf geführt, sondern sie erwerben auch die sozialen Kompetenzen, die für das Bestehen im normalen Erwerbsleben notwendig sind, und können trotzdem auf die spezifische Hilfe und Unterstützung der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit zurückgreifen.

(2) Viele Jugendliche und junge Erwachsene in diesem Handlungsfeld haben im Zeitraum von fünf bis zehn Jahren nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule oft mehrfach an Hilfen zur beruflichen Integration teilgenommen, häufig unterbrochen durch Phasen der Arbeitslosigkeit und z.T. durch kurzfristige Beschäftigung. Der Mangel an Koordination zwischen den für die berufliche Integration von Jugendlichen zuständigen Instanzen führt für die Jugendlichen häufig zu Maßnahmekarrieren statt zur beruflichen Integration. Auch wenn die Vielfalt der Zuständigkeiten erhalten bleiben wird, so ist doch eine stärkere Koordination auf der lokalen bzw. regionalen Ebene dringend notwendig – und auch möglich. Diese Koordinationsfunktion kann nur durch eine Instanz ausgefüllt werden, die von den beteiligten Akteuren als neutral und legitimiert akzeptiert wird. Dies erfordert nicht zuletzt auch ein politisches und finanzielles Engagement von Kommunen bzw. Landkreisen.

Literatur

- BAETHGE, M., et al.: Jugend, Arbeit und Identität. Opladen 1988.
- BECK, U.: Kapitalismus ohne Arbeit. In: *Der Spiegel* 20/1996, S. 140–146.
- BECK, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M. 1986.
- BEER, D./DRESBACH, B./GRANATO, M./SCHWEIKERT, K.: An der Schwelle zum Beruf. Erfahrungen und Perspektiven von Auszubildenden in Ost- und Westdeutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 25/1997, S. 25–34.
- BERTRAM, B.: Berufswege im Systemübergang. In: B. BERTRAM et al.: *Gelungener Start – Unsichere Zukunft?* München 1994, S. 219–276.
- BLOSSFELD, H.-P.: Berufseintritt und Berufsverlauf. In: *MittAB* 18 (1985), Heft 1, S. 177–197.
- BMBWF (BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE) (Hrsg.): *Berufsbildungsbericht 1997*. Bonn 1997.
- BMBWF (Hrsg.): *Berufsbildungsbericht 1998*. Bonn 1998.
- BMFSFJ (BUNDESMINISTERIUM FÜR FRAUEN, SENIOREN, FAMILIE UND JUGEND) (Hrsg.): *Erwerbschancen für Frauen aus landwirtschaftlichen Berufen/ländlichen Regionen in den neuen Bundesländern*. Expertise. Hannover 1992.
- BRAUN, F.: *Lokale Politik gegen Jugendarbeitslosigkeit*. München 1996.
- BROCK, D., et al. (Hrsg.): *Übergänge in den Beruf. Zwischenbilanz zum Forschungsstand*. Weinheim/München 1991.

- BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (Hrsg.): Presseinformationen vom 7.7.1998.
- BUTTLER, F./STOOS, F.: Europäischer Wirtschaftsraum – wachsender Qualifikationsbedarf. In: W. SCHLAFFKE (Hrsg.): *Qualifizierter Nachwuchs für Europa*. Köln 1992, S. 26–56.
- DAVIDS, S.: Modulare Nachqualifizierungskonzepte in der Jugendberufshilfe. In: *Jugend, Beruf, Gesellschaft* 48 (1997), S. 171–179.
- DÜRR, T.: Null Bock auf Parteien. In: *Die Woche* v. 27.2.1998, S. 24.
- FELBER, H. (Hrsg.): *Berufliche Chancen für benachteiligte Jugendliche*. München 1997.
- FREUDENBERG-STIFTUNG (Hrsg.): *Startchancen für alle Jugendlichen*. Weinheim 1998.
- GERICKE, TH.: Einstellungen, Wertorientierungen und Lebensziele im Altersverlauf. In: B. BERTRAM et al: *Gelungener Start – Unsichere Zukunft?* München 1995, S. 123–156.
- GERICKE, TH.: Hintergründe, Verlaufsbedingungen und Ziele verschiedener Bildungswege bei ostdeutschen Jugendlichen. In: TH. GERICKE et al: *An der Schwelle zum Beruf*. Berlin 1996, S. 13–52.
- GERICKE, TH.: *Jobben – Lebensentwurf oder Krisenmanagement*. Arbeitspapiere aus der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ Nr. 7/97. Leipzig/München 1997.
- GERICKE, TH./KARIG, U.: *Mobilität junger Erwachsener des Freistaates Sachsen*. Forschungsbericht. Leipzig 1996.
- HANS-BÖCKLER-STIFTUNG (Hrsg.): *Sozialreport 1997*. Berlin 1997.
- HEINRICH BAUER VERLAG (Hrsg.): *Generation BRAVO*. München 1998.
- HEINZ, W.-R.: *Arbeit, Beruf und Lebenslauf*. Weinheim/München 1995.
- HEINZ, W.-R./LAPPE, L.: Strukturwandel der Arbeit – Orientierungswandel der Jugend? In: *Diskurs* 1/1998, S. 4–9.
- INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT UND BERUFSFORSCHUNG DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (Hrsg.): *IAB-Werkstattbericht Nr. 1* 7./15.7.1998, S. 1.
- JUGENDWERK DER DEUTSCHEN SHELL (Hrsg.): *Jugend '97*. 12. Shell-Jugendstudie. Opladen 1997.
- LAPPE, L.: Die Sozialisationsrelevanz von Arbeit im Jugendalter. In: *Diskurs* 2/1991, S. 46–51.
- LAPPE, L.: *Jugendarbeitslosigkeit als Herausforderung für Forschung und Politik*. Unveröffentlichtes Manuskript. München 1997.
- LEX, T.: *Berufswege Jugendlicher zwischen Integration und Ausgrenzung*. München 1997.
- MÜNCH, J.: Berufsausbildung im nächsten Jahrtausend oder die Zukunft des dualen Systems. In: *Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik* 93 (1997), S. 160–176.
- MÜNDER, J., et al.: *Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG*. 2. Aufl. Münster 1993.
- PREISS, CH.: Strukturen biographischer Übergangsvläufe. In: *RAAB* 1996, S. 46–56.
- RAAB, E.: *Jugend sucht Arbeit*. München 1996.
- RECKZEH, TH.: *Jugendsozialarbeit im Problemfeld von Arbeitslosigkeit und Jugendberufsnot*. In: G. VONDERACH (Hrsg.): *Jugendarbeitslosigkeit – Biographische Bewältigung und sozialpolitische Programme*. Bamberg 1991, S. 129–150.
- SCHÄFER, H.: *Abgedrängt – Der Einfluß des Übergangssystems auf die Marginalisierung junger Männer*. In: H. FELBER (Hrsg.): *Berufliche Chancen für benachteiligte Jugendliche*. München 1997, S. 255–354.
- SCHÄFER, R./WAHSE, J.: *Trotz wirtschaftlicher Konsolidierung vieler Betriebe – weiterer Personalabbau in Ostdeutschland*. In: *MittAB* 30 (1997), S. 70–89.
- SCHÖBER, K.: *Probleme des Berufsstarts im geeinten Deutschland*. In: *Diskurs* 2/1991, S. 5–13.
- STREICH, A.: *Kritik an Firmen – Ohne Zuschuß keine Ausbildungsplätze*. In: *Leipziger Volkszeitung* v. 18./19.7.1998, S. 5.
- TESSARING, M.: *Das deutsche Bildungssystem und der EG-Binnenmarkt*. In: F. BUTTLER et al.: *Arbeits- und Sozialraum im Europäischen Binnenmarkt*. Nürnberg 1990, S. 89–112.

Anschrift des Verfassers:

Thomas Gericke, Deutsches Jugendinstitut – Regionale Arbeitsstelle, Stallbaumstr. 9, 04155 Leipzig.